

Presseerklärung

GEW: „Schulkonsens“ zementiert Mehrgliedrigkeit des Schulsystems

Der GEW Landesverband Bremen lehnt den von SPD, Grünen, CDU und FDP verabredeten „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“ ab. Mit ihm wird die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems für die nächsten zehn Jahre zementiert. Gymnasien, Oberschulen und Förderzentren (Sonderschulen) werden weiter getrennt voneinander bestehen. Schulentwicklung ist dann mit behördlichen Vorgaben nur noch innerhalb einer Schulart möglich. Die „Schule für alle“, auch von rot-grün als Ziel formuliert, rückt zugunsten des sogenannten 2-Säulen-Modells, das CDU und FDP bereits vor den Bürgerschaftswahlen propagiert hatten, in weite Ferne. Durch die bildungspolitische Koalition aus SPD, Grünen, CDU und FDP ist die heutige Sitzung der Bildungsdeputation nur noch ein formaler Akt, um die neue Schulgesetzgebung einzuleiten.

Der Dauerstreit zwischen den Parteien soll beendet werden, aber die Probleme und Konflikte für die Schulen bleiben: Durch die garantierte isolierte Beschulung der leistungsstärkeren Schüler_innen an den Gymnasien fehlt die breite „Durchmischung“ in den zukünftigen Oberschulen. Das geplante Aufnahmeverfahren für die Gymnasien wird viele Eltern enttäuschen und gleichzeitig die pädagogische Arbeit an den Grundschulen erschweren. Diese haben letztlich die Auslesefunktion auszuüben. Für viele Kinder bedeutet dieses Ausleseverfahren zusätzlichen Stress und führt häufig zu Enttäuschungen.

Es ist politisch geplant, neben den bestehenden isolierten Gymnasien neue „Leuchttürme“ in Form von Oberschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe zu etablieren. Das produziert eine große Gruppe von Verlierern: Die Oberschulen ohne eigene Oberstufe. Da außerdem in dieser Legislaturperiode kein ernsthafter Schritt zu einer flächendeckenden Integration der Förderzentren LSV geplant ist, erhalten wir bei Realisierung dieses Konzepts im Ergebnis sogar ein mehrgliedriges Schulsystem: Gymnasium – Oberschule mit GyO – Oberschule ohne GyO – Förderzentrum - Werkschule. Bremen schottet sich durch diese frühe Trennung der Schüler_innen weiter von den Schulstrukturen der bei PISA erfolgreichen Staaten ab.

Der im Oktober beschlossenen Schulentwicklungsplan enthält viele positive Aussagen wie den Ausbau der Sprachförderung, die Stärkung der Grundschule und die Unterstützung für Unterrichtskonzepte, bei denen an der Unterschiedlichkeit der Lernausgangslagen der SchülerInnen angeknüpft wird. Dafür muss die Ausstattung mit pädagogischem Personal in erheblichem Umfang verbessert werden. Im „Bremer Konsens“ haben die Politiker die Frage der Finanzierung weitgehend ausgeblendet. Lediglich wurde vereinbart, die im Schulentwicklungsplan beschlossenen Maßnahmen mindestens durch den Schülerrückgang und die dadurch freiwerdenden Mittel zu finanzieren.

Das Bremer Schulsystem bleibt unterfinanziert. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Maßnahmen, die den Schulen wirklich helfen, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern sind bei den anstehenden Haushaltsberatungen abzusichern!